



# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Stadtrates**

**am 22.08.2013**

## **Anwesend**

### **Vorsitz**

Ebling, Michael

### **Verwaltung**

Sitte, Christopher

Merkator, Kurt

Eder, Katrin

Grosse, Marianne

### **Stadtratsmitglieder**

Becker, Astrid

Becker, Johanna Dr.

Binz, Katharina

Bub, Kerstin

Canpolat, Nurhayat

Diehl, Christine

Dietz, David

Eckhardt, Gerd Dr.

Egner, Herbert

Faber, Matthias

Faßbender, Ulrike

Flegel, Sabine

Gerster, Thomas

Groden-Kranich, Ursula

Gröninger, Markus

Hafner, Klaus

Heinisch, MdL, Gunther

Helm-Becker, Ansgar

Hirsch, Hannelore

Hofem, Dieter

Hofmann, Kai

Huck, Brian Dr.

Hözl, Gudrun

Jaensch, Ruth

Kinzelbach, Martin

Klomann, Nico

Konrad, Nadya

Konrad, Walter Dr.

Konrad, Walter

Koppius, Walter

Kracht, Martina

Kunkel, Marianne  
Kützing, Lars Dr.  
Köbler, MdL, Daniel  
Köbler-Gross, Sylvia  
Leinen, Felix Prof. Dr.  
Lensch, Eckart Dr.  
Moerchel, Christian Dr.  
Moseler, Claudius Dr.  
Neger, Thomas  
Pietsch, Michael Prof. Dr.  
Pohl, Christine Dr.  
Rösch, Matthias  
Schäfer, Herbert  
Schönig, Hannsgeorg  
Sell, Milan  
Siebner, Claudia  
Solbach, Norbert  
Stritter, Stephan  
Strutz, Harald  
Sucher, Oliver  
Trautmann, Klaus  
Tress, Peter Dr.  
Viering, Christian  
Walter-Bornmann, Gerhard  
Westrich, Sissi  
Willius-Senzer, Cornelia

### **Schriefführung**

Blessing, Detlef

### **Entschuldigt fehlen**

Beck, Günter

Jessen, Jens Prof. em. Dr.  
Schreiner, MdL, Gerd  
Trautwein, Karin

# Tagesordnung

## a) öffentlich

1. Anhörung gemäß § 35 Abs. 2 GemO
2. Betreuungsgeld
3. Bereitstellung von außer-/überplanmäßigen Haushaltsmitteln
4. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz - Einrichtung von weiteren Gemeinschafts-unterkünften in der Zwerchallee 14 und 16, sowie der Wilhelm-Quetsch-Straße 1
5. FNP- Änderung Nr. 40 und Bebauungsplanverfahren "B 158/1.Ä" (Satzungsbeschluss), gemeindliches Einvernehmen

Der Vorsitzende eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Als Gast begrüßt er den Vertreter des Büros Müller-BBM, Herrn Hinkelmann, der für Fragen zu TOP 1 zur Verfügung stehe.

Nachdem sich der Rat von seinen Sitzen erhoben hat, gedenkt der Vorsitzende des ehemaligen Ratsmitgliedes, Herrn Hans-Jürgen Boddin.

Zur Tagesordnung stellt Herr Stritter den Antrag, einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ aufzunehmen. Dieser Antrag findet bei 2 : 56 : 0 Stimmen nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## öffentlich

### Punkt 1      Anhörung gemäß § 35 Abs. 2 GemO; hier: Bebauungsplanentwurf "Neues- Stadtquartier Zoll- und Binnenhafen (N84)"

Einleitend erläutert Herr Oberbürgermeister Ebling, dass den Fraktionen die Plausibilitätsprüfung der Gewerbelärmuntersuchung im Rahmen einer Sachverständigenanhörung nach § 35 GemO im Bereich des Bebauungsplanentwurfes „Neues Stadtquartier Zoll- und Binnenhafen – N84“ vorliege.

Im Anschluss an eine Darstellung des bisherigen Werdeganges dieses Bebauungsplanes stellt Herr Hinkelmann, Büro Müller-BBM, die Plausibilitätsprüfung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Zusatz- und Ergänzungsfragen werden von ihm beantwortet.

Frau Beigeordnete Grosse teilt sodann mit, dass die gewonnenen Erkenntnisse aus der Überprüfung nunmehr in die Planung eingearbeitet werden müssten, was nach einer ersten Einschätzung ca. sechs bis acht Wochen in Anspruch nehmen werde. Erfreulich sei dabei, dass die Grundzüge der Planung nicht geändert werden müssten. Herr Oberbürgermeister Ebling zeigt sich ebenfalls erfreut darüber, dass die Grundplanung erhalten bleiben könne, sodass das Verfahren nunmehr auf die Zielgerade einbiegen könne.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Anhörung.

**Punkt 2**            **Betreuungsgeld**  
**Vorlage: 0960/2013/1**

Mit Mehrheit – bei zwei Gegenstimmen – fasst der Stadtrat nachfolgende Beschlüsse:

Der Stadtrat beschließt den Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen der Kreisverwaltung Mainz-Bingen und der Stadtverwaltung Mainz im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Bearbeitung der Anträge auf Betreuungsgeld durch den Landkreis Mainz-Bingen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 35.750 € für das Haushaltsjahr 2013 und in Höhe von 85.800 € für das Haushaltsjahr 2014 werden überplanmäßig beim Teilergebnishaushalt des Amtes 50 zu Lasten des Gesamtabschlusses bereitgestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.08.2013.

**Punkt 3**            **Bereitstellung von außer-/überplanmäßigen Haushaltsmitteln**  
**für die Anmietung von Räumen im Bonifazienturm A und den Umzug**  
**der Abt. 422-Medienerwerbung und -bearbeitung**  
**Vorlage: 0753/2013**

Einstimmig beschließt der Stadtrat:

Für die Anmietung und Bewirtschaftung von Räumen für die Abt. 422-

Medienerwerbung und -bearbeitung werden im Jahr 2013 (6 Monate) 75.000,00 € und im Jahr 2014 150.000,00 € außerplanmäßig bereitgestellt.

Die Haushaltsmittel für die Folgejahre sind in die Haushaltsplanung 2015 ff. aufzunehmen.

Für den Umzug werden einmalig im Jahr 2013 Haushaltsmittel in Höhe von 7.250,29 € außerplanmäßig sowie 3.261,88 € überplanmäßig bereitgestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.08.2013.

**Punkt 4**                    **Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz - Einrichtung von weiteren Gemeinschaftsunterkünften in der Zwerchallee 14 und 16, sowie der Wilhelm-Quetsch-Straße 1**  
**hier: Bekanntgabe der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 48 in Verbindung mit § 58 Abs. 1 Ziff. 2 GemO vom 31.07.2013**  
**Vorlage: 1119/2013**

Der Stadtrat nimmt von der Eilentscheidung gemäß § 48 in Verbindung mit § 58 Abs. 1 Ziff. 2 GemO des Oberbürgermeisters vom 31.07.2013 Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.08.2013.

**Punkt 5**                    **FNP- Änderung Nr. 40 und Bebauungsplanverfahren "B 158/1.Ä" (Satzungsbeschluss), gemeindliches Einvernehmen**  
**a) Änderung Nr. 40 des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes "Hochschulerweiterung südlich des Europakreisels - 1. Änderung (B 158/1.Ä)"**  
**hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**  
**- Beschluss gemäß § 6 Abs. 6 BauGB**  
**- Vorlage der Zusammenfassenden Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB**  
  
**b) Bebauungsplanverfahren "Hochschulerweiterung südlich des Europa-kreisels - 1. Änderung (B158/1.Ä)"**  
**hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**  
**- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**  
**- Vorlage der Zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB**  
**- Herbeiführung des Einvernehmens der Stadt Mainz gemäß §**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (zwei Gegenstimmen)

zu a):

- die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB;
- die Flächennutzungsplanänderung Nr. 40 einschließlich Begründung gemäß § 6 Abs. 6 BauGB;
- die Zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 Abs.5 BauGB;

zu b):

- die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB;
- unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB;
- die Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs.4 BauGB;
- die Herbeiführung des Einvernehmens der Stadt Mainz gemäß § 36 BauGB i. V. m. § 33 BauGB in Bezug auf die Straßenbahntrasse.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.07.2013.

**Ende der Sitzung: 16:30 Uhr**

**gez. Michael Ebling**  
**Vorsitz**

**gez. Detlef Blessing**  
**Schrifführung**